

Endlich geht es bei Landtagswahlen wieder um Landespolitik

Von Ulrich von Alemann

Wahlen sind Botschaften. Das Volk ist der Souverän. Es meldet seinem Vertreter, dem Volksvertreter, was zu tun ist. So steht die Theorie in der Verfassung. In der Praxis sind Wahlergebnisse vielfach verschlüsselte Meldungen, gegen die das berühmte sibyllinische Orakel von Delphi wie ein knappes Segelkommando („Klar zur Wende!") wirkt.

Was wollte der Wähler den Berliner Politikern am Sonntag sagen? Macht weiter? Die Großkoalitionen können auf Sieg in je einem Land für ihre Parteien zeigen und im dritten Land, in Sachsen-Anhalt, auf Unentschieden plädieren. So kommt es dort ebenfalls zur Großen Koalition. Also spricht alles für einen Sieg der Regierungsparteien? Nein, dann hätten beide gleich profitie-

ren müssen. Auch die Kleinen haben Punkte gemacht. Grüne und FDP kommen in Baden-Württemberg über die Zehnprozenthürde, und die Linkspartei/PDS wird im Osten zweitstärkste Partei. Aber Schatten verdunkeln das Bild der Oppositionsparteien.

ALEMANN'S

ANALYSE

Die FDP fliegt aus zwei Regierung-

gen und wird so im Bundestrat immer unwichtiger. Die Grünen werden aus einem Landtag in Rheinland-Pfalz katapultiert, und die linke WASG kann in beiden Westländern nicht reüssieren. Alle Demokraten werden sich freuen, dass die rechtsradikalen Parteien diesmal keine Chance hatten.

Die wichtigste Botschaft vom Sonntag, die der Wähler uns sagen möchte, lautet wohl: Lässt die Berliner Politik jetzt arbeiten und macht in den Ländern eine vernünftige Politik. Denn dies war auch eine Sensation: Am vergangenen Sonntag haben die Wähler hauptsächlich die Landespolitik im Blick gehabt und nicht, wie seit Jahrzehnten gewohnt, auf den Bund geschaut. Das könnte der Demokratie in den Landtagen und damit unserem Föderalismus Auftrieb geben.

Alle Demokraten wird es aber minichien erfreuen, dass die Wahlbeteiligung abernals gesunken ist. Und zwar auf historische Tiefstände zwischen 58 Prozent in Rheinland-Pfalz und sogar nur 44 Prozent in Sachsen-Anhalt. Welche Ursachen hat das, und welche Folgen?

Das es seit Jahrzehnten einen Trend in allen Industriestaaten gibt, der nicht nur die Wahlbeteiligung reduziert, sondern auch aktive Teilhabe in Parteien, Gewerkschaften, Kirchen und anderen freiwilligen Großorganismen abschmelzen lässt. Traditionelle kollektive Bindungen treten zurück, neue individuelle Formen des Engagements - ob in Einthemnenbewegungen, bei Jugendkirchentagen oder politischen Großdemonstrationen - treten an ihre Stelle.

politische Partizipation der Bürger und gerade der Jugendlichen und Studenten ist knapp und konkurriert mit Computerspielen, TV-Konsum oder auch härteren Studienbedingungen. Deshalb ist es eigentich kein Wunder, dass auch die Wahlbeteiligung sinkt. Ist das denn ein Problem? Wählen ist freiwillig, wer nicht hinget, ist vielleicht eher zufriedenen statt unzufriedenen. Denn Unzufriedenheit ist immer ein stärkeres Motiv für das Handeln. Manche meinen deshalb, hohe

Wahlbeteiligung sei demokratisch eher ungesund, weil Zeichen für Radikalisierung und ungute Politisierung. Grund zur Sorge bleibt schon. Denn wenn nur die Hälfte zur Wahl geht und davon die Hälfte eine Regierungspartei unterstützt, dann bildet nur ein Viertel aller Bürger die Basis für politische Entscheidungen. Wenn auch die Stammwähler nur noch ein Viertel der Wähler ausmachen, kann Politik unberechenbar und sprunghaft werden. Kleine Verschiebungen verursachen dann große Wirkungen. Das wäre ein gefundenes Fressen für Demagogen.

Professor Ulrich von Alemann lehrt an der Heinrich-Heine-Universität in Düsseldorf Politikwissenschaft.

Westdeutsche Zeitung, 28. März 2006

